

zuletzt aktualisiert am: 19.08.2013

URL: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/moenchengladbach/nachrichten/stadt-steht-dicht-vor-einigung-mit-aurelis-1.3613140>

Mönchengladbach

Stadt steht dicht vor Einigung mit Aurelis

VON DIETER WEBER - zuletzt aktualisiert: 19.08.2013 - 11:29

Mönchengladbach (RP). Der Baumarkt in der City-Ost kommt: Die Stadt sieht rechtlich wenig Chancen, ihn verhindern zu können. Das entspricht nicht dem Masterplan, der hochwertigen Bürobau vorsieht. Die Stadt arbeitet mit dem Investor an einem Kompromiss.

Als sich das Team um den britischen Star-Architekten Sir Nicholas Grimshaw das weitgehend unbebaute Terrain der City-Ost zwischen Roller-Markt und Bahndamm anschaute, war den Experten klar: Dieses Gelände ist prädestiniert für hochwertigen Bürobau. Deshalb ließ Grimshaw dies flugs in den Masterplan aufnehmen, und deshalb stimmten CDU, Grüne, FDP und Linke in den politischen Gremien auch dafür, dieses Ziel nicht aus den Augen zu lassen. Der Masterplan sieht in diesem Bereich außer Bürobau noch viel Grün und sogar eine größere Wasserfläche vor.

Nur SPD und FWG machten mehrfach deutlich, dass der Grundstückseigentümer Aurelis da nicht mitziehen wird, weil er mit Zustimmung der Stadt jahrelang von anderen Voraussetzungen ausgegangen ist. Aurelis hat einen unterschriftsreifen Vertrag mit der Baumarktkette Hornbach in der Schublade und will dieses Projekt unbedingt durchsetzen – und notfalls gegen die Stadt prozessieren. Jetzt scheint klar zu sein: Die Chancen der Stadt, den Baumarkt zu verhindern, werden von den städtischen Rechtsexperten als gering angesehen.

"Aurelis hat einen Anspruch darauf, dass die Bauanfrage positiv beschieden wird", sagt der Technische Beigeordnete Andreas Wurff. Die politische Mehrheit könnte zwar auf ihre Entscheidung beharren, muss dann allerdings in Kauf nehmen, dass Schadenersatz gezahlt werden muss. Und der geht in die Millionen.

Der Investor hatte Ende 2012 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eine Untätigkeitsklage gegen die Stadt eingereicht. Aurelis verweist auf sein Planungskonzept von 2010, das ein Fachmarktzentrum mit einem Business-Hotel für die City Ost vorsieht. Danach hat der Investor einen Bebauungsplanentwurf mit Fachgutachten vorgelegt und die rund 21 000 Quadratmeter große Fläche für 1,5 Millionen Euro saniert. Die Klage beim Verwaltungsgericht gründet sich darauf, dass die Stadt nicht rechtzeitig auf einen Antrag auf einen Bauvorentscheid für die Errichtung eines Baumarktes reagiert hatte. Aurelis rechnete der Stadt einen Schaden von rund 6,8 Millionen Euro vor.

Derzeit laufen intensive Gespräche zwischen Stadt und Aurelis, um die Kuh vom Eis zu bekommen. Der Kompromiss könnte so aussehen: Es gibt zwar die Zustimmung zu einem Baumarkt, aber dieser soll nicht dem gängigen Muster "quadratisch, praktisch, gut" entsprechen. "Es muss doch möglich sein, das Ganze hochwertiger zu gestalten", sagt Planungsdezernent Wurff. Er will Aurelis und Hornbach zum Beispiel davon überzeugen, die abgeschwächte L-Form für den Baumarkt zu verändern.

Entsprechen Aurelis und Hornbach diesem Wunsch, bekommt das dann freie Gelände zwischen dem bestehenden Hotel und dem künftigen

Baumarkt eine hochwertigere Qualität. Fakt ist dann auch: Wenn Decathlon weiterhin Interesse an einem Sportkaufhaus auf dieser Fläche hat und die Politiker dieser Absicht zustimmen, müsste Decathlon sich architektonisch etwas einfallen lassen: Ein klassischer Kastenbau wäre dann fehl am Platze.

MEHR ZU DEN THEMEN DIESES ARTIKELS

- Baumarkt
- CDU
- FDP
- SPD

Jetzt weiterlesen und die Rheinische Post testen.

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken

zuletzt aktualisiert am: 19.08.2013

URL: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/moenchengladbach/nachrichten/politiker-muessen-neu-bewerten-1.3613139>

Kommentar

Politiker müssen neu bewerten

zuletzt aktualisiert: 19.08.2013

Als in den politischen Gremien die Entscheidung fiel, dem Masterplan-Entwurf für die City-Ost zu folgen, war die politische Großwetterlage in Mönchengladbach noch eine andere. Damals hatte das Ampel-Bündnis aus SPD, Grünen und FDP noch die Mehrheit – und die CDU tat alles dafür, um für Zwietracht in dieser Kooperation zu sorgen. Das ist nicht nur legitim, das ist vor allem ein politisches Handlungsmuster, das üblich ist. Die Christdemokraten hatten Erfolg: Die SPD war sauer, dass FDP und Grüne anders abstimmten. Dies war einer der Sargnägel, die zum Scheitern des Ampel-Bündnisses führten.

Die Bedingungen heute sind aber andere. Wenn die politische Mehrheit bei ihrer Haltung zum Aurelis-Wunsch bleibt, wird die Stadt vermutlich hohen Schadenersatz zahlen müssen. Das wäre kontraproduktiv beim Bestreben, den städtischen Haushalt zu sanieren und würde bedeuten: An anderer Stelle müssten die 6,8 Millionen Euro wieder eingespart werden. Deshalb müssen sich alle neu bewegen: Ein Kompromiss ist nötig – eigentlich sogar zwingend erforderlich.

DIETER WEBER

MEHR ZU DEN THEMEN DIESES ARTIKELS

- CDU
- FDP
- SPD

Jetzt weiterlesen und die Rheinische Post testen.

© RP Online GmbH 1995 - 2010

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der RP Online GmbH

Artikel drucken